

Der deutsche Sonderfall

Nach der Europawahl finden wir die politische Landschaft der EU umgepflügt

Kurt Zach

Die erst im Januar 2019 von Nigel Farage spontan gegründete „Brexit Party“ ist die Einzelpartei mit den meisten Sitzen im neugewählten Europaparlament. Die eine Meldung illustriert bereits, wie dieses Wahlwochenende die politischen Verhältnisse in der Europäischen Union durcheinandergeworfen hat.

Farage ist nicht der einzige Sensationssieger. In Frankreich hat Marine Le Pens Rassemblement National mit gut 23 Prozent der Stimmen die Regierungspartei von Präsident Emmanuel Macron geschlagen, der schon den Elysée nur mit Mühe und mit Unterstützung einer „Alle gegen Le Pen“-Mobilisierungskampagne erobern konnte. Und in Italien wurde die Lega von Innenminister Matteo Salvini mit deutlich über 30 Prozent der Stimmen stärkste Kraft und verwies sowohl den bei der Parlamentswahl noch stärkeren Koalitionspartner „Fünf Sterne“ als auch die wiedererstarkten Sozialdemokraten auf die Plätze.

Den Gestaltungsanspruch wird sich der Machtmensch Salvini weder auf der nationalen noch auf der europäischen Bühne nehmen lassen. Die Krise der beharrenden Kräfte, von denen die Eurokraten-Nomenklatura getragen wird, ist eine europaweite Krise – das hat diese Wahlrunde gnadenlos ans Tageslicht gebracht.

Auch im Europaparlament sind die Zeiten vorbei, in denen die sogenannten „Volksparteien“ schon aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit die wesentlichen Fragen stillschweigend untereinander ausmachen konnten. In der neugewählten Straßburger Parlamentarierversammlung haben die großen Blöcke der traditionellen etablierten Großparteien – EVP-Christdemokraten auf der einen Seite, Sozialisten und Sozialdemokraten auf der anderen – keine Mehrheit mehr.

Das macht die Kungelei künftig komplizierter; schon das Gerangel um eine Bestätigungsmehrheit für den nächsten Kommissionspräsidenten dürfte zum Marathonlauf werden. Daß der glatte Apparatschik Manfred Weber (CSU) als „Spitzenkandidat“ des nominell immer noch relativ stärksten Parteienlagers bis ganz nach oben durchgewunken wird, ist alles andere als ausgemacht; schließlich steht nicht einmal die eigene Schwesterpartei vorbehaltlos hinter ihm.

Weber ist nicht nur ein Mann der alten Apparate, ihm haftet auch der Makel des deutschen Besserwissers an. Und die Deutschen sind wieder einmal auf einem Sonderweg, auch das läßt sich aus dieser Europawahl ablesen. Daß die „Klimaschutz“-Propagandawelle grünen Moralpolitikern zu einem beachtlichen Höhenflug verhilft, ist ein deutsches Sonderphänomen.

Zwar haben auch in Frankreich und Großbritannien unter dem Eindruck des Siegeszugs EU- und migrations skeptischer Parteien dortige „grüne“ Bewegungen leicht zugelegt. Aber nicht

einmal in der schwedischen Heimat der „Klimaschutz“-Heiligen Greta Thunberg konnten grüne Kandidaten von der mit ihr verknüpften PR-Maschinerie profitieren. Wenn im neuen Europaparlament der grüne Block entgegen dem Etablierten-Trend ein paar Mandate mehr haben wird, ist auch das im wesentlichen ein deutscher Spezialeffekt.

Im Rest Europas gewinnen andere Themen an Gewicht. Mehr als jeder fünfte Europaabgeordnete wird künftig von konservativen, freiheitlichen oder identitätsorientierten Parteien, von EU-skeptischen und migrationskritischen politischen Kräften entsandt werden. Damit ist absehbar, daß es im neuen EU-Parlament auch mehr Widerstand gegen freiheitsfeindliche, die Souveränität und Interessen der Völker und Nationen mißachtende Regulierungen geben wird.

Parteien mit solcher oder vergleichbarer Ausrichtung melden sich inzwischen in nahezu allen EU-Mitgliedstaaten unüberhörbar zu Wort und geben dem Establishment kon-tra. Nicht überall stellen sie die stärkste politische Kraft wie die polnische Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ oder die Fidesz des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, die ihre absolute Mehrheit noch weiter ausgebaut hat. Ignorieren kann man sie trotzdem nicht so einfach: Vielerorts sind sie im Aufwind, wie die wiedererstarkte flämische Nationalpartei Vlaams Belang oder die neue Formation „Forum für Demokratie“ des Niederländers Thierry Baudet.

Mit den alten Rezepten – den europäischen Zentralismus forcieren und jeden, der sich dagegenstellt, für „dumm“ und „nationalistisch“ erklären, wie es zuletzt der scheidende Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker kurz vor dem Wahltermin in all seiner unbeholfenen Arroganz noch einmal versucht hat – wird man den Geist nicht in die Flasche zurückbekommen.

Auch nicht mit schmutzigen Methoden, die im Falle Österreich nach hinten losgegangen sind. Die FPÖ ist trotz „Ibiza-Affäre“ stabil aus der Europawahl hervorgegangen; für den folgerichtig per Mißtrauensvotum gestürzten Ex-Kanzler Sebastian Kurz dürfte das mutwillige In-die-Luft-Jagen der erfolgreichen türkis-blauen Koalition sich als Pyrrhussieg erweisen: Eine absolute Mehrheit ist für ihn trotz Stimmengewinnen bei der Europawahl wohl nicht in Sicht, und mit wem er nach den Neuwahlen im September regieren könnte, weiß er wohl selbst nicht.

Die Zeichen in der Europäischen Union stehen unzweifelhaft auf Renationalisierung. Darin steckt Krisenpotential, aber auch die Chance, die europäische Zusammenarbeit auf neuer Grundlage zu reformieren, auf politische Impulse von außen – nicht zuletzt die Migration – zu reagieren und für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu festigen. Ignoriert die deutsche Politik diese Chance, wird sie nicht nur Deutschland weiter isolieren und zum Spielball der egoistischen Interessen anderer machen, sondern über kurz oder lang auch die Hauptschuld an der möglichen Sprengung der Europäischen Union auf sich laden.

„Dumm und selbstmörderisch“

Droht in Europa tatsächlich ein Antisemitismus neuen Typs? Der französische Philosoph Alain Finkielkraut warnt vor einer unvorhergesehenen Folge der Massenzuwanderung, die sich in seinem Heimatland mehr und mehr ausbreitet
Eva-Maria Michels

Herr Professor Finkielkraut, Sie warnen vor einem wachsenden Antisemitismus. Wie groß ist das Problem?

Alain Finkielkraut: Wir alle glaubten, dieser habe sich nach der Nazi-Apokalypse erledigt. Doch nun erlebt er in ganz Europa eine Renaissance. Malmö etwa, drittgrößte Stadt Schwedens, ist heute – wie hieß es damals auf deutsch? – „judenrein“. In Frankreich verlassen Juden bereits etliche Gemeinden der Banlieue, also des Pariser Vorstadt-Gürtels, da sie sich dort nicht mehr sicher fühlen.

Woher kommt das?

Finkielkraut: Manche sehen das als Wiederauferstehung des europäischen Antisemitismus und glauben, mit dem „Populismus“ kehrten die dreißiger Jahre zurück. Ich halte das für einen Irrtum. Dieser Antisemitismus ist ein neues Phänomen, das eng mit der Masseneinwanderung zusammenhängt – auch wenn natürlich nicht alle Immigranten aus dem Maghreb, der Türkei, Syrien oder Schwarzafrika Antisemiten sind. Es liegt allerdings schon an der veränderten Bevölkerungsstruktur, daß der Antisemitismus in Teilen der Banlieues zur kulturellen Norm geworden ist. Aber aus Angst, Bevölkerungsgruppen die selbst von Diskriminierung betroffen sind zu stigmatisieren, hat man das Problem lange ignoriert und hielt einfach am klassischen Rassismus-Schema fest, wonach nur Weiße Täter und Araber, Roma, Schwarze und Juden nur Opfer sind.

Wie äußert sich der neue Antisemitismus?

Finkielkraut: Er drückt sich in der Sprache des Antirassismus aus. So werden Juden etwa als „Rassisten“ angegriffen, und Israel wird von seinen schlimmsten Gegnern als ein krimineller, rassistischer Staat angesehen, der an den Palästinensern das Unrecht wiederhole, das den Juden selbst bis 1945 widerfuhr. Die Juden, so die Behauptung, verbreiteten damit die Todsünde der Nachkriegszeit – den Rassismus. Auf dieser Grundlage bildet sich heute eine Allianz aus einem militanten Islamismus und einer aufstrebenden Linken.

Äußert er sich auch in ähnlicher Form wie der Hitlers?

Finkielkraut: Nein, absolut nicht. Wobei nicht die gesamte Linke von diesem Antisemitismus erfüllt ist, sondern nur ein Teil der extremen Linken. Der hitlerische Antisemitismus war ja rassistisch, er beruhte auf der Einteilung der Menschheit in Rassen und zielte auf die Ausrottung der Juden. Die Linke dagegen sieht sich als Verteidiger der Menschheit im allgemeinen und leidender Menschen im besonderen. In ihrem Weltbild beeinträchtigen die Juden die Einheit

der Menschheit durch ihr „rassistisches“ Verhalten. Dieser Antisemitismus ist also diametral anders als der Hitlers und verursacht auch keine Schuldgefühle.

Also ist das Resultat für die Juden auch nicht das gleiche?

Finkielkraut: Nein, natürlich nicht. Als ich unlängst etwa von einigen Gelbwesten angegriffen wurde, verkündete der Haupttäter, daß ich ein „großer Haufen zionistischer Scheiße“, ein „Rassist“ und „Faschist“ sei, und dann rief er, indem er seine Kufiya, also sein Palästinensertuch, zeigte: „Frankreich gehört uns!“ Womit er zu verstehen geben wollte, daß ich zu verschwinden habe. Aber Vertreibung ist nicht gleich Ausrottung.

Kann man Antisemitismus und Antizionismus unterscheiden?

Finkielkraut: Ja. Doch der heute am stärksten verbreitete Antizionismus klagt die Allmacht der Zionisten, also der Juden, an, die eine Mafia bildeten, die Weltpolitik lenkten und denen sogar die USA, dank der zionistischen Lobby, aufs Wort gehorche. Dieser Antizionismus läßt den ideologischen, verschwörungstheoretischen Antisemitismus vom Anfang des 20. Jahrhunderts wiederauferstehen. Juristisch jedoch ist ihm schwer beizukommen, denn er gibt sich ja antirassistisch. Und zwar kann gegen einen Aufruf zum Rassenhaß leicht vor Gericht geklagt werden, doch beim Vorwurf des Aufrufs zum Haß auf „Rassismus“ ist die Justiz handlungsunfähig.

Darf ein Nichtjude bestimmte Handlungen Israels kritisieren, oder ist das Antizionismus beziehungsweise Antisemitismus?

Finkielkraut: Selbstverständlich darf er das. Ich selbst plädiere und kämpfe seit 1981 für die Zwei-Staaten-Lösung. Seit 1996 bin ich ein Widersacher Benjamin Netanjahus, und ich habe an der Unterzeichnung der Genfer Friedensinitiative teilgenommen. Seit langem sage ich, daß die Palästinenser ein Recht haben, nicht mehr unter israelischer Herrschaft zu leben. Solche Kritik erscheint mir absolut legitim. Doch gibt es einen Unterschied zwischen der Kritik an der Politik eines Staates und der Infragestellung der Legitimität eines Staates. Die Kritik an der israelischen Politik ist weit verbreitet, besonders in Israel selbst. Nicht die Besiedlung des Westjordanlandes in Frage zu stellen ist also Antizionismus – sondern die Infragestellung der Legitimität der israelischen Nationalbewegung.

In Deutschland beschuldigen etliche der sogenannten Transatlantiker jeden, der etwa Kritik an Premier Netanjahu äußert, des Antisemitismus oder Antizionismus.

Finkielkraut: Das ist eine Form der Einschüchterung, gegen die man Widerstand leisten muß. Nachdem ich angegriffen worden bin, gab ich der wichtigsten israelischen Zeitung Yediot Aharonot ein Interview, in dem ich sagte, daß meine Sympathie bei der nächsten Wahl dem Netanjahu-Herausforderer General Benny Gantz gehöre. Nun, vielleicht ist heute noch nicht der Moment, Frieden mit den Palästinensern zu schließen, schlicht weil ein Ansprechpartner fehlt. Aber nach dem Beispiel, das Premier Ariel Scharon in Gaza statuiert hat, als er 2005 die israelischen Siedlungen dort räumen und seine Truppen abziehen ließ, müssen Israelis und Palästinenser getrennt werden. Nicht einverstanden bin ich jedoch mit blauäugigen, wenn auch

nicht antisemitischen Positionen, die Israel für alles Unrecht verantwortlich machen. Die Israelis sind keine Eroberer, die nach Land gieren, sondern sie leben in Angst. Als sich Israel aus dem Südlibanon zurückzog, übernahm dort die Hisbollah. Als es aus Gaza abzog übernahm dort die Hamas. Und wenn es nun aus dem Westjordanland abziehen sollte, wird möglicherweise auch dort die Hamas übernehmen – denn schließlich ist ihr Konkurrent, die Fatah in der Minderheit. Das beunruhigt die Israelis selbstverständlich, denn ihr Land ist sehr klein. All dies, wie auch die Schwierigkeit der Palästinenser, einen Staat zu bilden, der eigentlich aus einem Stück im Norden, der Westbank, und einem im Süden, Gaza, besteht, muß berücksichtigt werden. Ich fordere daher von allen Kritikern Israels Redlichkeit und die Beachtung der Komplexität der Lage.

Was ist mit dem rechten Antisemitismus, ist er Geschichte oder formiert er sich neu?

Finkielkraut: Was mir zu verschwinden scheint, ist der katholische Antisemitismus. Was aber den Rest betrifft, sehe ich in Frankreich eine neue Art Antisemitismus entstehen: Die Verbindung von Dieudonné und Alain Soral.

Sie meinen den Komiker afrikanischer Herkunft Dieudonné M'bala M'bala, der mit dem ehemaligen Front-National-Mann Soral zusammengearbeitet hat, der im April zu einem Jahr Haft wegen Holocaustleugnung verurteilt worden ist.

Finkielkraut: Beide haben in den sozialen Netzwerken großen Einfluß, besonders bei völlig entkulturalisierten Jugendlichen, darunter auch einige Gelbwesten. Es handelt sich dabei nicht um eine Renaissance des klassischen Antisemitismus, sondern darum, das multikulturelle Frankreich, also „black-blanc-beur“ (Schwarze-Weiße-Araber), gegen die Juden zu einen. Dieudonné beschuldigt die Juden etwa, in Afrika AIDS verbreitet, den Sklavenhandel dominiert und von ihm mehr als alle anderen profitiert zu haben. Auf den französischen Antillen hat er enormen Erfolg: Gouadeloupe und Martinique sind auf dem Weg, zu antisemitischen Départements zu werden. Soral fischt in den gleichen Gewässern. Ich weiß nicht, ob man ihn als rechts oder links bezeichnen sollte – es ist eine Art Antisemitismus der einfachen Leute.

Nähert sich dieser Antisemitismus damit der nationalsozialistischen Version an? Hitler war ja dem Großmufti von Jerusalem politisch nahe und soll Bewunderung für den Islam geäußert haben.

Finkielkraut: Ja, aber trotzdem entspricht das nicht dem heutigen Antisemitismus. Man kann hier nicht von Rassismus, von einer Rassenhierarchie sprechen, denn man versucht die Schwarzen, die in der Typologie der Nationalsozialisten als minderwertige Rasse galten, für den Antisemitismus zu mobilisieren.

Es handelt sich dabei also um eine andere Sache als den Afrozentrismus, der in Frankreich auch Anhänger gewinnt?

Finkielkraut: Ja, dieser ist ein weiteres Phänomen, das sich aber in die allgemeine Entwicklung einfügt und auch den Erfolg von Dieudonné und Soral erklärt: Wir erleben einen Wettstreit der Opfer. Den Juden zum Vorwurf gemacht, für sich alleine das Leiden zu

beanspruchen – Stichwort Shoa. Die Nachkommen der Sklaven und der kolonialisierten Völker lehnen sich nun nicht nur gegen die Völker auf, die vom Sklavenhandel profitiert oder Afrika erobert haben, sondern auch gegen die Juden, die das allgemeine Mitleid auf sich ziehen und denen es gelungen ist, vor allem von Deutschland Reparationszahlungen zu erhalten. Etwas, was den Nachkommen der Sklaven und kolonialisierten Völkern bisher versagt bleibt. Dieser Wettstreit der Opfer führt ebenfalls zu einer Art Antisemitismus.

Der Rassemblement National – früher Front National – präsentiert sich als Beschützer der Juden. Offizielle jüdische Organisationen stehen ihm dennoch feindlich gegenüber. Ist der RN heute noch antijüdisch, wie es der FN lange gewesen sein soll?

Finkielkraut: Nein, der Bruch Marine Le Pens mit ihrem Vater ist echt und der RN nicht mehr antisemitisch, kein Zweifel. Man ist dort sehr angetan davon, die zeitgenössischen Formen des Antisemitismus zu verurteilen, weil sie im Zusammenhang mit dem Islam und der Einwanderung stehen. Dennoch, ich glaube die jüdischen Organisationen haben damit recht, mißtrauisch zu bleiben. Erstens, weil der RN Donald Trump und Wladimir Putin als politische Vorbilder betrachtet und die Juden nicht unbedingt Lust haben, ihnen zu helfen, an die Macht zu kommen. Zweitens weil die Juden nicht den Rassismus befeuern wollen, um sich vor Antisemitismus zu schützen.

In Deutschland ergreifen offizielle jüdische Organisationen häufig offen für moslemische Masseneinwanderung und die Politik von Frau Merkel Partei – und verurteilen auch sachliche Kritik daran als „antisemitisch“ und „rassistisch“.

Finkielkraut: Die Haltung dieser Organisationen soll großherzig erscheinen, tatsächlich aber ist sie dumm und selbstmörderisch. Denn solches Verhalten kann in der Realität nur Judenfeindschaft fördern. Ich habe keinerlei Nachsicht gegenüber dieser Einstellung. Moral beinhaltet auch ein klares Bewußtsein. Und diese blauäugige Haltung betrifft nicht nur die offiziellen jüdischen Organisationen, sondern auch die offizielle katholische Kirche und die protestantischen Instanzen. Papst Franziskus etwa plädiert sogar für eine verstärkte Einwanderung, für die Umsetzung des UN-Migrationspaktes, für eine Ausdehnung der Aufnahmekriterien. Er trägt nicht einmal mehr Sorge dafür, daß die Christen in Europa in der Mehrheit bleiben. Dieser Papst unterzeichnete ohne mit der Wimper zu zucken den Tod Europas, so wie wir es kennen.

Sie sehen schwarz für Europas Zukunft?

Finkielkraut: Das ist eine Frage der Zahl: Wenn die Einwanderung verlangsamt und auf ein vernünftiges Maß begrenzt wird, ist Integration möglich und die Zivilisation kann überleben. Geht aber die aktuelle Entwicklung so weiter, steht Europas Zukunft auf dem Spiel. Ich habe aber den Eindruck, daß die europäischen Völker sich ihrer Lage bewußt werden und als Europäer und Angehörige der verschiedenen Nationalstaaten überleben wollen. Sie haben Angst, daß die EU andere Sorgen hat als die Bewahrung der europäischen Zivilisation – obwohl das eigentlich ihre Priorität sein müßte.

Sehen Sie im Konflikt Macron versus Gelbwesten den Vorläufer einer Revolution?

Finkielkraut: Nein, hier geht es um die Würde der kleinen Leute aus den Randgebieten der Provinz. Sie ziehen gelbe Weste an, um zu zeigen, daß sie existieren, denn von Soziologen und Journalisten wurden sie bisher ignoriert. Für diese besteht Frankreich nämlich nur aus urbanen Zentren und Banlieues. Dieses randständige Frankreich ist heute immer stärker entkulturalisiert und damit für die absurdeste Propaganda, Verschwörungstheorien und Antisemitismus empfänglich. Ich wage zu behaupten, daß die Gelbwestenkrise in Wirklichkeit eine Krise der Schönheit ist.

Was meinen Sie?

Finkielkraut: Die Schönheit verschwindet aus unserer Welt, alles wird häßlich: durch die Industrialisierung des Landes, die Verfielfachung der Einkaufszonen und Siedlungen am Rande der Städte, die ohne Rücksicht auf ästhetische oder ethische Gesichtspunkte gebaut werden. Die in diesen Gegenden lebenden Menschen werden durch deren Häßlichkeit in ihrem Inneren beschädigt. Ihr verzweifelter Hilferuf zeugt davon, selbst wenn sie es nicht offen aussprechen. Ich plädiere deshalb nicht nur für den Schutz der europäischen Zivilisation, sondern auch für eine Rückeroberung der Schönheit.

Prof. Dr. Alain Finkielkraut, zählt zu den führenden französischen Intellektuellen der Gegenwart. Er ist Mitglied der Académie française und lehrt Philosophie an einer der beiden altherwürdigsten Elitehochschulen Frankreichs, der École polytechnique in Paris. Bekannt wurde er durch seine zahlreichen Buchveröffentlichungen und Auftritte in den Medien. Außerdem moderiert er eine eigene Sendung im Radiosender France Culture. Wegen seiner teilweise politisch unkorrekten Äußerungen gilt er einem Teil der französischen Öffentlichkeit als „umstritten“. Geboren wurde der Sohn eines emigrierten jüdischen Auschwitzüberlebenden aus Polen 1949 in Paris.

Die Maßstäbe werden verdorben

Nachbetrachtung zur „Ibiza-Affäre“: Warum der Skandal um das Strache-Video so beängstigend ist

Thorsten Hinz

Die aktuellen Vorgänge in Österreich sind auch für Deutschland von Bedeutung und geben Anlaß für ein paar grundsätzliche Überlegungen. Winston Churchills These, daß die Demokratie eine schlechte Regierungsform sei, aber die beste von denen, die man bisher ausprobiert habe, kann bis zum Beweis des Gegenteils als richtig gelten. Ergänzungsbedürftig ist sie dennoch. Auch in Staaten, die sich ausdrücklich als demokratisch definieren, decken demokratische Institutionen, Regularien und Verfahren nur einen Bruchteil des politischen Geschehens ab. Jenseits davon ist die Demokratie eine Kulisse, bestehend aus Simulationen,

Fiktionen und Selbsttäuschungen, hinter der Entscheidungen fallen, die der Demos weder will noch legitimiert hat.

Denn was hat in Österreich stattgefunden? Eine mit sicherer parlamentarischer Mehrheit ausgestattete, erfolgreiche Regierung wurde von außen gesprengt. Zu diesem Zweck kamen geheimdienstliche Mittel zum Einsatz, wobei die Hintergründe zur Stunde nicht klar sind. Die Botschaft aber ist eindeutig: Ihr könnt wählen, was ihr wollt. Was der Wählerwille bedeutet, liegt nicht in eurer Kompetenz!

Das „Komplott“ (Dieter Stein) läßt sich nicht mehr unter dem Begriff „Postdemokratie“ subsumieren. Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch verstand darunter die Aushöhlung der parlamentarischen Regierungsform als Folge zunehmender Komplexität moderner Gesellschaften, durch die Lobbygruppen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), multinationale Konzerne an Einfluß gewinnen. Die Politiker reagieren auf die Abnahme von Einfluß, Ansehen und Lösungskompetenz, indem sie auf Mittel der Demoskopie, des Showbusiness und Marketings zurückgreifen. Das sei, so Crouch, zwar nicht demokratisch, weil der Bürger zum passiven und manipulierten Teilnehmer herabsinke und nur gelegentlich an Entscheidungen beteiligt werde. Es sei aber auch nicht undemokratisch, „da die Sorge der Politiker um ihr Verhältnis zu den Bürgern darin eine so große Rolle spielt“. Das beschreibt eine verhältnismäßig weiche Praxis, in der der verpflichtende Bezug auf den Demos neu interpretiert, aber nicht aufgehoben ist.

Über diese Beschreibung ist die Wirklichkeit längst hinweggegangen. Seit Jahren monieren Kritiker unterschiedlicher Richtung, daß die Vertreter der liberalen Demokratie dazu tendieren, ihren Standpunkt absolut zu setzen und totalitär zu agieren. In der Tat läuft ihre Praxis darauf hinaus, die Eine-Welt-Ideologie mit Macht in die Realität zu übertragen und Europa in eine Provinz des angestrebten Global-Regimes („Global Governance“) zu verwandeln. Die europäischen Lebenswelten werden durch Migration, Konzessionen an den Islam, durch Gender- und Klima-Kampagnen umgemodelt und standardisiert. Diese Politik wird als die einzig legitime Konkretisierung von Demokratie propagiert. Die Gegner werden als (Rechts-)Populisten, Demokratie- und Europafeinde dämonisiert

Populismus heißt aber nichts anderes als zu fragen: Was folgt aus den Entscheidungen für uns, für das Volk, für den Demos? Er bedeutet, sich die Freiheit zu nehmen und zu versuchen, absehbaren Schaden von sich abzuwenden, sich zu wehren, also Demokratie zu üben. Hier stoßen also nicht bloß unterschiedliche Standpunkte, sondern zwei Demokratie-Modelle aufeinander, die konträr zueinander liegen. Daraus erklärt sich die totale Feinderklärung der machthabenden Protagonisten an ihre Gegner. Hierzulande bilden sie – in der Formulierung Joachim Gaucks – das „Dunkeldeutschland“, das braunen Urgründen entstamme und keine Existenzberechtigung besitze.

Das ist auch der Kontext des Skandals um Heinz-Christian Strache, des Ex-Vizekanzlers und Ex-Vorsitzenden der „rechtspopulistischen“ FPÖ, der nun durch die Vermittlung bundesdeutscher Medien in Gang gesetzt wurde und aus naheliegenden Gründen in Deutschland breit rezipiert wird.

Das Video ist peinlich, es zeigt einen fehlbaren Menschen, der unschöne Gedankenspiele ventiliert, aus denen aber offenbar keine Handlungen hervorgegangen sind. Glaubt irgend jemand, daß es in den Kungelrunden zwischen sogenannten demokratischen Politikern, Wirtschafts- und Medienbossen in der Sache anders zugeht? Hatte nicht Kanzlerin Angela Merkel 2015 in einem abgelauchten Gespräch mit Facebook-Chef Mark Zuckerberg erreicht, daß politisch unliebsame Posts gelöscht werden?

Der Vorwurf, Strache habe die kritischen und pluralistischen Medien abschaffen wollen, ist schon deswegen absurd, weil diese hartnäckig den Nachweis ihrer Existenz verweigern. Die meisten politischen Journalisten arbeiten wie Bots, wie automatisierte Programme, die in festgelegten Abständen die immer gleichen Formeln generieren (Nazi – Ausländerfeind – Rechtsextremist – Islamhasser – Rassist), ohne sich auf Interaktionen mit der Realität einzulassen. Auch in der „Ibiza-Affäre“ haben sie unisono die erwartbare Haltung eingenommen, anstatt die Perfidie der Inszenierung und den Einbruch in die Persönlichkeitsrechte und den Intimbereich eines Menschen zu kritisieren.

Der fast einstimmige Medienchor bildete schließlich auch den Hintergrund, vor dem Strache auf seine publik gewordenen dummen Gedanken kam: Die FPÖ-freundliche Neuausrichtung der Boulevardzeitung Krone sollte die Presselandschaft ein bißchen weniger einseitig und dafür kritischer und pluralistischer machen. Es ging um die annähernde mediale Waffengleichheit.

Denn auch das zeigt der Fall: Parlamentarische Mehrheiten und sogar Ministerämter nutzen auf Dauer wenig, wenn alternative Parteien nicht auch über ein vor- oder metapolitisches, insbesondere mediales Umfeld verfügen. Regierung und Parlament sind nur zwei Machtzentren unter vielen. Die informelle Macht von Medienkonzernen, Lobbyisten, NGOs, globalistischen Netzwerken, Stiftungen, Denkfabriken ist kaum geringer. Erst wenn auch in diesen Bereichen Gegengewichte entstanden sind, kann man ernsthaft konkurrieren.

Ein offenbar in das Strache-Video involvierter Wiener Anwalt rechtfertigte die Intrige als ein „zivilgesellschaftlich motiviertes Projekt“. Damit liegt er im politisch-medialen Trend. Der „Kampf gegen Rechts“ erlaubt Gemeinheiten, Vertrauens- und Rechtsbrüche, körperliche Attacken und am Ende auch Mord und Totschlag. Es wird nicht argumentiert, sondern der Gegner wird – wie es im Stasi-Deutsch hieß – als „feindlich-negative Kraft“ behandelt und in einem komplexen „Operativen Vorgang“ (OV) bearbeitet. Er wird observiert, diffamiert, seine Aktivitäten sabotiert. Ziel sind seine soziale Isolierung, Demoralisierung, die psychische und physische Zermürbung und am Ende der resignierte Rückzug aus politischen Aktivitäten. Beschädigt wird nicht nur das Opfer, verdorben werden auch die menschliche Substanz der Büttel und die moralischen Maßstäbe der Gesellschaft.

Derartige Parallelen zwischen der Bundesrepublik und der DDR herzustellen, wird von Tag zu Tag plausibler. Der 1998 erschienene Roman „Magdalena“ des Bürgerrechtlers Jürgen Fuchs ist kein literarisches Meisterwerk, doch sein dokumentarischer Wert ist beträchtlich. Fuchs, der 1976/77 im Berliner Stasi-Gefängnis Magdalenenstraße inhaftiert war und danach in den Westen abgeschoben wurde, schildert seine Stasi-Akten-Recherchen in der damaligen Gauck-Behörde. Die Verwaltung lag in den Händen westdeutscher Beamter; ehemalige Stasi-

Angestellte gingen ihnen mit ihrem Expertenwissen zur Hand. Fuchs sah sich in seinen Nachforschungen behindert. Jede einzelne Fotokopie mußte beantragt, Klinken mußten geputzt, Gänge durchwandert werden. Fuchs nannte das die „verwaltungstechnische, behördliche Zähmung einer Revolution“ und fragte: „Geht es um die Erziehung der Ostpopulation? Das umfassende Vergeben von Registriernummern?“

Eine Antwort gibt die staatliche Alimentierung der Amadeu-Antonio-Stiftung, die von einer ehemaligen Stasi-Informantin geleitet wird und vom Justizministerium mit der Überwachung der Internetkommunikation betraut wurde. Im Stiftungsrat sitzt auch der minderqualifizierte, dafür geltungssüchtige Chef des Thüringer Verfassungsschutzes, der von Politikern der SED-Nachfolgepartei ins Amt gehoben wurde.

Deshalb wirkt der inszenierte Skandal um Heinz-Christian Strache auch hierzulande beängstigend. Nicht nur „populistische“ Politiker müssen damit rechnen, daß Orwells „Großer Bruder“ stets neben ihnen steht und ihre Gedanken belauscht. Schon heute sind 71 Prozent der Befragten in Deutschland der Meinung, daß Äußerungen über Einwanderung, über Muslime oder den Islam gefährlich sind. Mehr als die Hälfte der Befragten spricht zudem nicht gerne öffentlich über Themen wie die NS-Zeit und Juden. Auch Rechtsextremismus und die AfD werden ungern in der Öffentlichkeit thematisiert.

Die bis zur Zersetzungsbereitschaft reichende Aggressivität der Etablierten zeigt, daß sie über keine politischen Argumente verfügen. Ihr Europawahlkampf war völlig inhaltsleer. Notdürftig mobilisieren können sie nur durch die Pflege des dämonisierten „Populisten“-Feindbildes. Das birgt viel Potential für weitere Eskalationen.

Warum ein Islamverbot falsch wäre Besser das Eigene stärken

Jan-Phillip Tadsen

Der kritische Blick auf den Islam ist in der Mitte der Gesellschaft verankert. Laut einer im März 2018 veröffentlichten Insa-Umfrage im Auftrag des Magazins Cicero stimmen beinahe zwei Drittel der Befragten dem Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ nicht zu. Jene Skepsis gegenüber einer vielerorts in Deutschland fremd wirkenden Religion ist somit weit verbreitet.

In der Debatte zu diesem Thema gibt es Vertreter, die eine schnelle Antwort darin sehen, dem Islam seine Religionseigenschaft abzuspochen und ihn als verfassungsfeindlich hinzustellen. Diese Lesart mündet in der Forderung, den Islam zu verbieten. Ein solch politisches Agieren verkennt die eigentliche gesellschaftliche Problematik und trägt zu keiner Lösung der wachsenden Entfremdung in Deutschland bei.

Die in Deutschland lebenden Menschen muslimischen Glaubens sind zur großen Mehrheit durch wegfallende Grenzregime ins Land gekommen. Sie realisieren hier ihre

Wertvorstellungen und gestalten ihre Zukunft. Sie sind ein fester und größer werdender Teil der gesellschaftlichen Realität in diesem Land. Das religiöse Handeln dieser Menschen ist legitim; es ist Teil ihrer Kultur.

Die im Vergleich zu breiten Teilen der Bevölkerung meist intensiv gelebte religiöse Grundhaltung bei Muslimen versetzt Deutschland in eine kulturelle Verunsicherung. Die damit einhergehende Konfrontation der Lebensentwürfe fordert das Bewußtsein unserer Bürger heraus. Das Ergebnis sind wahrnehmbare Debatten zur terroristischen Gefahr durch Islamisten, zur Burka im öffentlichen Raum, Diskussionen über die Unterdrückung der Frau oder die Schaffung von muslimischen Gebetsräumen in unseren Schulen.

Unser Land führt diese Debatte viel zu selten kontrovers. Thilo Sarrazins erneuter Bucherfolg mit „Feindliche Übernahme“ (2018) hat kaum dazu geführt, daß der Autor mit Kontrahenten öffentlich diskutiert. Dabei ist der aus der oben genannten Umfrage belegte Entfremdungsmoment real; er muß rechtsstaatlich und im demokratischen Sinne gelöst werden. Die Akteure der politischen Arena sind aufgerufen, überlegte Antworten zu geben. Antworten, die mehrheitlich errungen sein wollen.

Karl Albrecht Schachtschneider hat sich bereits 2010 grundlegend mit der Problematik Islam und säkularer Staat beschäftigt. Er setzt die gesellschaftspolitische Realität mit der konträr verlaufenden religionskritischen Frage in Beziehung: „Die Religionsverhältnisse sind wieder einmal im Wandel. Die Migration von Muslimen in die Staaten Europas hat den Islam zur Lebenswirklichkeit in Europa und auch in Deutschland werden lassen. Freilich kann der Islam weder in Deutschland noch sonst in einem europäischen Staat so gelebt werden wie in einem islamischen Land“ („Grenzen der Religionsfreiheit am Beispiel des Islam“).

Befürworter einer Verbotsforderung erkennen dem Islam die Eigenschaft einer Religion ab. Dem muß aus einem einfachen Grund eindeutig widersprochen werden. Auch der Islam enthält als zentrales religiöses Kriterium die

Transzendenz.

Dieser Aussage liegen zwei Prämissen zugrunde:

1. Der Islam stellt eine vom Grundgesetz zu schützende Religion dar.
2. Der Islam kann in seiner gegenwärtigen theologischen Verfaßtheit nicht dieselben Freiheiten haben, wie es das säkulare Christentum aufgrund seiner Reformationen in der Bundesrepublik genießt.

Bereits diese Differenzierung betont die kaum realisierbare Möglichkeit eines Islamverbots bei gleichzeitiger Anerkennung der Grenzen jeder Religionsfreiheit. Wer bei Fragen der Migration nach dem Rechtsstaat verlangt, muß auch in der Debatte um die Religionsfreiheit mit gleichen rechtsstaatlichen Mitteln argumentieren.

Befürworter einer Verbotsforderung erkennen dem Islam die Eigenschaft einer Religion ab. Dem muß aus einem einfachen Grund eindeutig widersprochen werden. Religionen unterscheiden sich nach Lesart des Bundesverwaltungsgerichts deutlich von einer Weltanschauung durch eine transzendente Wirklichkeit (zitiert nach Schachtschneider, „Die Grenzen der Religionsfreiheit am Beispiel des Islam“). Dem Islam die Transzendenz als zentrales religiöses Kriterium abzuspochen, ist aufgrund der Glaubenspraxis ein völlig entrücktes Unterfangen. Wenn der Islam aber transzendent auftritt, dann ist die Forderung nach einem Gesamtverbot mit Artikel 4 des Grundgesetzes unvereinbar. Selbst der von liberalen Islamkritikern gern benutzte Vorwurf, daß der Islam „faschistisch“ (Michael Stürzenberger) sei, ändert daran nichts. Diese hilflose Bezeichnung zeugt nur von historischer Blindheit und Begriffsschwäche.

Muslimen den Glauben in der Öffentlichkeit zu verbieten, löst kein Problem in diesem Land. Vielmehr ist zu erwarten, daß eine solch konfrontative Haltung – würde sie kurz- oder mittelfristig umgesetzt – eskalative Wirkung im Zusammenleben auslöst. Real ist die Annahme, daß fundamentalistisch eingestellte Islamisten darüber eine erweiterte Rekrutierungsbasis gewinnen. Diese Form der Entfremdung darf nicht vorangetrieben werden. Bedenklich ist der Umstand, daß die Regierung durch offene Grenzen und die nach Olivier Roy damit entstehende „Dekulturation“ bereits selbst auf dem Holzweg ist (Olivier Roy, „Ihr liebt das Leben, wir lieben den Tod. Der Dschihad und die Wurzeln des Terrors“).

Wir sollten verstehen, daß der Islam nicht die Ursache der gesellschaftlichen Entfremdung ist, sondern ein überdeutliches Symptom fehlgeleiteter Politik darstellt. Die wachsende Zahl der Muslime in unserem Land zeigt, daß vor allem etablierte Eliten immer weniger imstande sind, sich auf ein abgrenzbares Wir zu einigen. Statt dessen ist politisch an einen Souverän zu denken, der durch den demokratischen Grundkonsens, durch mühelose Sozialisation im kulturell Eigenen sowie ein damit tradiertes Werteverständnis loyal zur staatlichen Ordnung steht.

Ansätze für in diesem Sinne anknüpfungsfähige Positionierungen, die dezidiert islamkritisch sind, finden sich bei den Publizisten Thilo Sarrazin und Egon Flaig. Sarrazin verweist in seiner aktuellen Publikation „Feindliche Übernahme“ auf drei Themenschwerpunkte: eine dem Kontrollverlust entgegenwirkende Einwanderungspolitik, eine neu gedachte Außen- und Entwicklungspolitik sowie eine robuste und realistische Islampolitik innerhalb Deutschlands. Dabei läßt Sarrazin sich nicht von der Versuchung leiten, dem Islam seine religiösen Eigenschaften abzuspochen. Statt dessen wird explizit auf die „Selbstvergewisserung“ der eigenen ethnischen und kulturellen Identität gesetzt.

Sind die Muslime das zentrale Problem? Wir sollten die Religionsfreiheit hochhalten und eine Glaubenspraxis anmahnen, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, unseren Gesetzen sowie der deutschen Kultur identifizierbar ist.

Auch die Haltung des Historikers Egon Flaig zum Islam ist eindeutig: „Hierbei ist das Problem nicht die Glaubenswelt des Islam, sondern die Scharia. Sie verpflichtet die Gläubigen mindestens auf drei politische Ziele: Erstens zur Zerschlagung aller nichtmuslimischen politischen Ordnungen, wenn nötig mittels des Dschihad, zweitens zur Unterwerfung aller

Andersgläubigen in einer religiösen Apartheid, drittens zur Errichtung einer nichtsäkularen, theokratischen Ordnung“ (Flaig, „Wie entscheidungsfähig sind Demokratien? Historische Rückbesinnung auf Gemeinwohl und politische Kohäsion, in: „Die Zukunft der Demokratie“).

Was können wir als freiheitliche Bürger aber gegen diese Entwicklung tun? Für Flaig ist entscheidend, daß wir uns von einem neutralen Staatsverständnis verabschieden müssen, um unsere säkulare Ordnung zu verteidigen. Zentrale Aufgabe muß sein, „einen integrationsunwilligen Islam in der Minderheitenposition zu halten, mittels politischer Maßnahmen bei der Einwanderung, Freizügigkeit und Einbürgerung“.

Auch Flaig spricht dem Islam seine Religionseigenschaft nicht ab, sondern stellt folgerichtig Forderungen, die die kulturelle Homogenität stärken sollen. Beide Autoren fordern eine neue Identitätspolitik für Deutschland, die eine repressive Eskalation verweigert. Sie wollen mehr bevölkerungspolitische Souveränität gegenüber dem entstandenen Riß wagen.

Wer nur in Verboten Antworten sucht, ist gemeinhin nicht viel besser als Innenpolitiker etablierter Parteien, die in denkverwandter Art und Weise die patriotische Jugendbewegung der „Identitären“ verbieten wollen, wie jüngst die CDU-Fraktion im Brandenburger Landtag. Die als Migrationskrise erscheinende tektonische Verschiebung im Gefüge Europas hat der Debatte um die kulturelle Zukunft dieses Kontinents eine neue Dimension gegeben. Wer unsere Demokratie beleben will, muß die Stärkung des Eigenen durch einen freiheitlichen Patriotismus und den Willen zum Volksbewußtsein als Aufgabe suchen.

Sind die Muslime das zentrale Problem? Nach der Analyse, die sich an Karlheinz Weißmann orientiert, ist nicht der Islam als Religion dafür verantwortlich, daß die Gesellschaft sich entfremdet. Ursächlich ist ein aus linken und liberalen Vorstellungen gespeister Kosmopolitismus, der wirkmächtig zur Entwurzelung des Menschen als einem nur noch produzierenden und konsumierenden Wesen beiträgt („Rubikon. Deutschland vor der Entscheidung“). Es ist, konkreter gedacht, eine noch immer andauernde Politik der offenen Grenzen, die der kulturellen Segregation Tor und Tür geöffnet hat.

Wir sollten die Religionsfreiheit hochhalten und eine Glaubenspraxis anmahnen, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, unseren Gesetzen sowie der deutschen Kultur identifizierbar ist. Gut integrierte und staatsstreue Muslime sind wertvolle Mitglieder unserer Gesellschaft.

Jan-Phillip Tadsen, Jahrgang 1988, studierte Geschichts- und Politikwissenschaften in Kiel und Greifswald und schloß 2016 an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität mit dem Master ab. Derzeit arbeitet er als Fachreferent für Inneres und Europa der AfD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.